

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich: Allgemeine Verwaltung	Datum 25.09.2001
	Schriftführer: Herr Kredelbach Telefon-Nr.: 02202/14-2237
Niederschrift	
Hauptausschuß	Sitzung am 11.09.2001
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr - 18:55 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung
- öffentlicher Teil -**

- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 26.06.2001
- öffentlicher Teil -
458/2001**

- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**

5. **Rahmenplanung Bensberg**
 - Sachstandsbericht / Bestandsanalyse
 - Leitbild
 - Handlungsräume*594/2001*
6. **Wirtschaftsförderung in Bergisch Gladbach;**
hier: Gutachten zum Hotelstandort Bergisch Gladbach
421/2001
7. **Mitgliedschaften;**
hier: Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach in der Fluglärmkommission
498/2001
8. **Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach I (Alt-Gladbach)**
548/2001
9. **Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach II (Bensberg)**
547/2001
10. **Benennung der vier neuen Erschließungsstraßen im Bereich des ehemaligen Kasernengeländes an der Hermann-Löns-Straße in Bergisch Gladbach**
54/2001
11. **Wirtschaftsförderung in Bergisch Gladbach;**
hier: Umbenennung des Gewerbegebietes "Lochermühle" in "Strundepark"
306/2001
12. **Verwendung der Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 2 Nr. 4 GFG 2001**
499/2001
13. **Feststellung des Jahresabschlusses 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Feuerwehr Bergisch Gladbach**
513/2001
14. **Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
593/2001

- 15. Anpassung ortsrechtlicher Vorschriften an den Euro für den Fachbereich 3**
595/2001
- 16. Änderung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach für Altersehrungen und Ehejubiläen**
497/2001
- 17. Bericht aus der Sitzung des Ausländerbeirates**
- 18. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen verleiht Ihrer Bestürzung über die Terrorakte in New York, Washington und Pittsburgh Ausdruck. Im Anschluß daran gedenkt der Hauptausschuß in einer Schweigeminute der Opfer dieser Anschläge.

Danach eröffnet Bürgermeisterin Opladen die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Als Grundlage für die Sitzung benennt sie folgende Unterlagen:

1. die Einladung vom 29.08.2001 mit den beigelegten Vorlagen,
2. die Tischvorlage zum Antrag von Frau Ryborsch vom 03.09.2001 zu § 15 der Geschäftsordnung.

Sodann begründet Frau Ryborsch kurz den Antrag vom 03.09.2001. Sie schlägt als Kompromiß vor, über den Beschlußvorschlag in öffentlicher Sitzung zu befinden und weitere Details der Vorlage, soweit sie eine Auftragsvergabe betreffen, im nichtöffentlichen Teil abzuhandeln.

Bürgermeisterin Opladen bekräftigt, daß es sich insgesamt um eine Auftragsvergabe handle, die im nichtöffentlichen Teil zu verbleiben habe.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluß:

Der Antrag wird abgelehnt.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß in der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 05.09.2001 über drei Anregungen nach § 24 Abs. 1 GO NW zur Einführung des Schülertickets abschließend befunden wurde. In dieser Sitzung sei darauf hingewiesen worden, daß die Protokollierung über die Sitzung des Hauptausschusses vom 26.06.2001 hinsichtlich Punkt 6 des öffentlichen Teiles insofern der Klarstellung bedürfe, die Anlauffinanzierung der Stadt sei auf ein Jahr befristet. Danach müsse erneut über die Modalitäten beraten werden. Sie bestätigt die

Richtigkeit dieser Auffassung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden.

Im übrigen werden die Niederschrift und deren Ergänzung vom 12.07.2001 zu den Punkten 6 und 13 des öffentlichen Teiles genehmigt.

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 26.06.2001**
- öffentlicher Teil -

Herr Waldschmidt möchte wissen, wie hoch die Zahl der Anmeldungen zum Schülerticket derzeit sei und ob die Verwaltung hierüber in Kürze berichte.

Stadtkämmerer Kotulla antwortet, daß es auch nach Schulbeginn noch zahlreiche Anmeldungen gegeben habe. Die Verwaltung trage die Zahlen derzeit zusammen und werde im Hauptausschuß zu gegebener Zeit hierüber berichten.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, daß es bereits zum Schulbeginn über 5.000 Anmeldungen gegeben habe.

Im übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

4 **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Es gibt keine Mitteilungen.

5 **Rahmenplanung Bensberg**
- Sachstandsbericht / Bestandsanalyse
- Leitbild
- Handlungsräume

Fachbereichsleiterin Müller-Veit erläutert in einem Lichtbildvortrag die Rahmenplanung Bensberg unter den in der Vorlage benannten Aspekten. Sie bittet darum, die Verwaltung in jedem Falle zu ermächtigen, die notwendigen Gutachten in Auftrag zu geben, um einen Zeitverlust zu vermeiden.

Danach beantwortet sie die Fragen der Hauptausschußmitglieder.

Herr Ziffus begrüßt den Inhalt der Vorlage. Er bedauert, daß die Feinziele lediglich im Maßnahmenkatalog Eingang gefunden hätten. Diese gehörten auch in die Zielebene. Im Maßnahmenbereich sei zwischen allumfassenden und differenzierten Maßnahmen (für die einzelnen Bereiche) zu unterscheiden. Notwendig sei des weiteren, daß zu einem späteren Zeitpunkt eine volks- und betriebswirtschaftliche Analyse erfolge um darzulegen, was die angedachten Maßnahmen tatsächlich brächten. Bedauerlich sei weiter, daß die Studentenarbeit lediglich in die Vorlage für den Planungsausschuß aufgenommen wurde und nicht auch in die für die heutige Sitzung. Gerade die Studentenarbeit sei unter Aspekten der Stadtentwicklung abgefaßt worden. Allerdings bestehe die Zusage, daß alle Fraktionen die Arbeit erhielten. In der Formulierung der Zielvorstellungen seien die Studenten wesentlich mutiger als die Verwaltung

gewesen. Sie hätten den einzelnen Bereichen Refrath, Stadtmitte und Bensberg eine eindeutige Zuordnung verliehen. Das von ihnen formulierte Leitbild sei im Grunde genommen das bereits existierende und entspreche der Realität. Er geht davon aus, daß in Moitzfeld die größten Wohnpotentiale im Geltungsbereich der Rahmenplanung bestehen. In Lückerath könne nicht mehr sehr viel geschehen. Er bestreitet eine gute Anbindung eines künftigen Gewerbegebietes im Bereich Bockenberg, da der Schienenanschluß fehle. Zum Handlungsraum in Bensberg habe die Verwaltung im Gegensatz zu den Studenten nur wenig ausgeführt. Der Markt müsse aus der Fußgängerzone nach oben in den Bereich des Schlosses verlagert werden. Hierdurch werde zwar ruhender Verkehr aus diesem Bereich gedrängt, dieser könne jedoch durch Stellplätze im Bereich der Steinstraße aufgefangen werden.

Herr Buchholz spricht sich dafür aus, daß alle Anregungen in einem angemessenen Rahmen in die Planung mit einfließen. Hierzu gehörten neben den Gedankengängen der Studenten auch die der Bürger und Einzelhändler. Er bewertet die Vorlage als in sich schlüssig und hat keine Bedenken, bereits jetzt weitere Detailuntersuchungen in Auftrag zu geben. Gerade eine Untersuchung des fließenden und ruhenden Verkehrs sei von besonderer Bedeutung. Ein Mangel an Wohnbauflächen im direkten Bereich von Bensberg bedeute nicht automatisch ein Ausweichen auf Moitzfeld in einem größeren Rahmen. Die Entwicklung der Flächen dort müsse sehr sensibel angegangen werden. Ein künftiger Gewerbebereich Bockenberg sei durchaus günstig angebunden, wenngleich die Güterzugstrecke fehle. Auf beiden Seiten des Rheins seien Umladestationen bereits existent oder in Planung. In einigen Teilbereichen habe die CDU-Fraktion noch weiteren Informationsbedarf.

Auch Herr Freese bewertet die Aussagen der Vorlage als positiv. Sie bestätige die vorzufindende positive Entwicklung des Bereiches Bensberg. Vor allem das Verkehrsbauwerk habe in letzter Zeit hierzu beigetragen und verzeichne bislang etwa 2.000 bis 3.000 Nutzer pro Tag. Er geht davon aus, daß sich dies noch ausbauen lasse. Zwischen der Friedrich-Offermann-Straße und der Overather Straße habe man bereits den Mut zu einer Bebauungsverdichtung gehabt. Das Vorsehen von Gewerbe im Bereich Bockenberg beurteile er ebenfalls positiv. Er weist auf Bestrebungen der Bensberger Einzelhändler hin, den Geschäftsbereich auf den Schulstandort Eichelstraße auszuweiten. Er möchte wissen, wie dazu die Position der Verwaltung sei.

Frau Ryborsch bewertet den Gebäuderiegel in der Schloßstraße als eine städtebauliche Sünde der 70er Jahre, die sich über Generationen negativ auswirke. Eine direkte Anbindung des Rathausbereiches an die Fußgängerzone sei damit nicht mehr möglich. Notwendig sei eine Verbesserung im Gastronomiebereich sowie in der Infrastruktur der Schloßstraße. In letzterer gebe es keine Angebote für Jugendliche. Das Verkehrsbauwerk bedürfe unbedingt der Ergänzung durch eine Fußgängerbrücke, um das Hindernis der Steinstraße auszuschalten. Sie stimmt den drei Beschlußvorschlägen zu, bittet aber um Einbeziehung der Studentenarbeit in den dritten.

Herr Dehler wünscht eine stärkere Einbindung der Moitzfelder Bürger in den Entscheidungsprozeß. Der Stadtteil habe durchaus einige Probleme, die einer Lösung bedürften.

Frau Schmidt-Bolzmann bewertet die Vorlage als gute Zusammenfassung des bereits existenten Wissens über den benannten Bereich. Sie bedauert, daß ein Entwicklungspotential beim Wohnen nur dem Stadtteil Moitzfeld und dem Bereich der Saaler Stra-

ße zuerkannt werde. Die Saaler Straße sei sehr eng und könne den zu erwartenden Verkehr durch eine weitere intensivierte Wohnbebauung nicht aufnehmen. Die sich dann ergebenden Konflikte seien nicht lösbar. Auch gebe es in diesem Bereich keinerlei Einkaufsmöglichkeiten.

Frau Schöttler-Fuchs weist auf den Bürgerworkshop des 26.09.2000 hin, in dem sehr viele Vorschläge unterbreitet wurden, die rasch und kostengünstig umgesetzt werden könnten. Sie möchte wissen, ob die Verwaltung Vorschläge aufgegriffen habe und beabsichtigt sei, wenigstens einige Anregungen zu verwirklichen.

Herr Neuheuser begrüßt den Mut, zunehmend größere Bereiche des Stadtgebietes zu analysieren und sich Zielvorgaben für die kommenden Jahre zu geben. Dies solle auch auf andere Bereiche übertragen werden.

Herr Müller betrachtet die heutige Behandlung als erste Lesung und stellt klar, daß die CDU-Fraktion heute keine Beschlüsse fassen wolle. Ungeachtet dessen könne die Verwaltung die notwendigen Gutachten veranlassen.

Auch Herr Waldschmidt hält eine Lösung im Bereich der Steinstraße für notwendig, um diese Barriere zu entschärfen. Nur so könne ein gelungenes Entree für den Bereich Bensberg geschaffen werden.

Herr Hoffstadt hält es für nötig, daß in die Rahmenplanung eine Untersuchung zur Fragestellung aufgenommen werde, wie die Kaufkraft im Bereich Bensberg gesteigert werden könne. Investiere die Stadt in diesem Bereich, so müsse dies auch einen angemessenen Nutzen haben.

Auch Bürgermeisterin Opladen betrachtet die heutige Diskussion als erste Lesung und kündigt an, daß die Rahmenplanung erneut Gegenstand der Sitzung des Hauptausschusses am 30.10.2001 sein werde.

Stadtbaurat Schmickler bestätigt, daß die Verwaltung zum Schulstandort Eichelstraße stehe und diesen ganz bewußt in der Rahmenplanung nicht zur Disposition gestellt habe. Es sei zunächst noch durch weitere Untersuchungen zu eruieren, ob tatsächlich eine Erweiterung des Geschäftsbereiches bis in die Eichelstraße hinein benötigt werde. Gerade aufgrund der Aussagen der Zentrenstudie könne dies auch anders gesehen werden, weshalb sich die Notwendigkeit einer größeren neuen Bebauung in diesem Bereich nicht zwangsläufig ergebe. Auch zur künftigen Verwendung der Belgischen Schule gebe es sehr viele offene Fragen. Insoweit sei es nicht sinnvoll, solche Bereiche schon jetzt zu überplanen. Man müsse sich erst über die zukünftige Nutzung im klaren sein.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, daß der Schulstandort Eichelstraße lediglich durch eine Aussage von Prof. Jansen in die Diskussion gekommen sei, der nur an dieser Stelle eine sinnvolle Ausweitung des Bensberger Geschäftszentrums für möglich halte.

Fachbereichsleiterin Müller-Veit geht davon aus, daß der Slogan der Studenten „Bensberg auf Niveau“ den derzeitigen Status des Stadtteiles sehr gut umschreibe. Der Begriff erfasse allerdings nicht das in der Vorlage dargestellte Entwicklungspotential. Die Studenten hätten in ihrer Arbeit bereits sehr viel weitergehender als die

Verwaltung argumentiert. Dies treffe insbesondere für den Bereich des Verkehrs zu. Gerade hier benötige man dezidierte Aussagen, um über Lösungsvorschläge wie die von den Studenten unterbreiteten befinden zu können. Durchaus seien in der Studentendarbeit jedoch Aspekte vorhanden, an deren Verwirklichung gedacht werden könne. Jedoch stelle dies einen zweiten Schritt dar, der den Entscheidungen zur Rahmenplanung folge. Die Moitzfelder Bürger seien durchaus beteiligt worden. Zum einen seien sie mit zur Bürgerversammlung eingeladen worden, zum anderen auch in die Haushaltsbefragung einbezogen worden. Der Schwerpunkt einer Beteiligung in den Arbeitskreisen habe jedoch anschließend mehr bei den Bensberger Bürgern gelegen. Als Anregung aus den Workshops sei inzwischen der Museumspfad verwirklicht worden. Es gebe auch Anregungen, die die Händlerschaft umgesetzt habe, z.B. im Bereich der Sauberkeit. Andere Anregungen bedürften intensiver Gespräche, da in Anspruch zu nehmende Grundstücke z.T. nicht im Eigentum der Stadt stünden. Hier sei die Verwaltung bereits tätig geworden.

Herr Ziffus regt an, entsprechend der in der Rahmenplanung angedachten Entwicklungsachse eine neue Buslinie von Moitzfeld über das Technologiezentrum, Bensberg und die Saaler Straße bis nach Refrath zu führen. Damit erhalte endlich auch der Norden von Refrath eine angemessene Anbindung an den Stadtteil Bensberg.

Bürgermeisterin Opladen stellt klar, daß in der Rahmenplanung Bensberg eher an eine Vielzahl von kleineren Maßnahmen gedacht werde und weniger an städtebauliche Großprojekte. Die von der Verwaltung angedachten Vorschläge seien ggf. sehr schnell zu verwirklichen und geeignet, sichtbar zu einer Verbesserung beizutragen. Hierzu zähle z.B. auch die Anbindung des neuen Wohngebietes hinter dem Schloß an die Fußgängerzone. Gestern sei hier die Fortbildungsakademie der Aachener und Münchener Versicherung eingeweiht worden. Die von den Studenten gewählten Slogans hätten einen Vergleich der einzelnen Stadtteile untereinander herbeigeführt und gleichzeitig zu deren Abqualifizierung gegenüber der Stadtmitte beigetragen. Dies sei nicht in ihrem Sinne. Der Bereich Stadtmitte habe es durchaus verdient, das Niveau von Bensberg zu erreichen, sofern dies noch nicht der Fall sei. Im übrigen seien hier Studenten am Werk gewesen, die die Stadt in Gänze nicht kannten. Die von ihr favorisierte Bezeichnung „Krone der Stadt“ sei zwar etwas altmodisch, definiere in städtebaulicher Hinsicht jedoch genau den bestehenden Zustand. Die Krone der Stadt sei das Schloß. Auch sei Refrath nicht reine „Wohnstadt für Köln“. Den neu geschaffenen Museumspfad bewertet sie als außerordentlich positiv und empfiehlt allen Mitgliedern des Hauptausschusses, diesen in Augenschein zu nehmen.

Es besteht Einvernehmen, daß der Hauptausschuß in seiner heutigen Sitzung keine Beschlüsse faßt und die Rahmenplanung Bensberg Gegenstand der kommenden Sitzung des Gremiums ist. Gleichwohl kann die Verwaltung die notwendigen Gutachten bereits jetzt in Auftrag geben.

6 Wirtschaftsförderung in Bergisch Gladbach; hier: Gutachten zum Hotelstandort Bergisch Gladbach

Fachbereichsleiter Martmann erläutert die Vorlage. Er weist darauf hin, daß die Konzeption eines Hotels in der Stadtmitte im Rahmen der Inwertsetzung des Parkhauses

gescheitert sei. Es habe sich seinerzeit gezeigt, daß die durch die Stadt lieferbaren Daten nicht ausreichten. Aufgrund dessen habe man ein Gutachten in Auftrag gegeben und diese Lücke geschlossen. Künftig habe man genügend Daten an der Hand, um einem potentiellen Investor eine gewisse planerische Sicherheit geben zu können. Er hoffe, eine namhafte Hotelkette für die Errichtung eines Mittelklassehotels mit 80 – 120 Zimmern in einer Preisklasse von etwa 100,-- DM pro Übernachtung interessieren zu können. Bedarf bestehe für ein solches Vorhaben im Stadtgebiet, da es bislang nicht möglich sei, Tagungen im Mittelklassebereich mit 100 bis 140 Teilnehmern adäquat zu organisieren.

Herr Buchholz sieht zwar im Augenblick kein Interesse der Hotelbetreiber, an die Peripherie der Großstadt Köln zu gehen. Allerdings sei es sinnvoll gewesen, das Datenmaterial in der vorliegenden Form erarbeiten zu lassen, um einem potentiellen Investor Informationen geben zu können. Für verschiedene potentielle Standorte sei das notwendige Planungsrecht bereits geschaffen, denkbar seien jedoch auch andere.

Auch Herr Freese bewertet die Erstellung des Gutachtens als durchaus sinnvoll. Es biete die Möglichkeit, Investoren nunmehr gezielt anzusprechen, um das Ziel der Errichtung eines Mittelklassehotels in Bergisch Gladbach zu erreichen. Das notwendige Marktsegment hierfür gebe es durchaus, gerade auch mit Blick auf Köln.

Frau Ryborsch hält die Erstellung des Gutachtens vor dem Hintergrund der Haushaltssituation für unverantwortlich. Nicht nur der Fachbereich 8, sondern auch alle hier anwesenden Mitglieder des Ausschusses seien ohne weiteres in der Lage, auch ohne dieses Gutachten Standorte für ein Mittelklassehotel im Stadtgebiet zu benennen. Zudem gebe es für den Bereich der unteren Hauptstraße bereits einen Investor für ein solches Vorhaben, der wahrscheinlich ähnliche Überlegungen wie die Verwaltung, habe anstellen lassen. Sie möchte wissen, wie hoch die Kosten für das Gutachten gewesen sind.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, daß ein Hotel in der Stadtmitte den Standortvorteil eines schnellen S-Bahn-Anschlusses an Köln-Deutz und die Kölner City habe. Ein Investor tue somit gut daran, ein solches Vorhaben in fußläufiger Nähe zum S-Bahnhof zu errichten.

Frau Schöttler-Fuchs möchte wissen, weshalb in der Vorlage die jeweilige Kategorie der dort aufgeführten Hotels nicht angegeben wurde.

Herr Martmann antwortet, daß dies im Originalgutachten, das allen Fraktionen zugegangen sei, ausgeführt wurde. Gegenüber Frau Ryborsch legt er dar, daß der Kern des Gutachtens eine Aussage über die Wirtschaftlichkeit eines Hotelneubaus sei. Es diene dazu, potentielle Investoren von der Sinnhaftigkeit einer Investition in Bergisch Gladbach zu überzeugen. Die Stadt verfüge nunmehr über einen Wettbewerbsvorteil.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7

Mitgliedschaften;
hier: Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach in der Fluglärmkommission

Bürgermeisterin Opladen erläutert, daß die Arbeit seit ihrer Übernahme des Vorsitzes

in der Lärmschutzkommission umfangreicher geworden sei. Der Fachbereich 7 könne ihr bei der Erfüllung der Aufgaben besser zuarbeiten, weshalb der Übergang der Stellvertretung an dessen Leiter sinnvoll sei.

Frau Ryborsch bedankt sich bei Fachbereichsleiter Widdenhöfer für dessen bisherige Arbeit. Er habe sich mit großem Einsatz in ein hochkompliziertes Thema eingearbeitet und eine hohe Kompetenz erworben.

Bürgermeisterin Opladen stellt klar, daß die Entbindung des Fachbereichsleiters 3 von der Stellvertretung mit der Fülle von dessen dienstlichen Aufgaben zusammenhänge. Es gebe im Fachbereich 7 bereits seit längerem zwei Mitarbeiter, die sich mit der Fluglärmproblematik befaßten. Auch sie bedankt sich bei Fachbereichsleiter Widdenhöfer für dessen bisherige Arbeit.

Herr Freese möchte wissen, mit welchen Personalkosten die Zuarbeit der beiden städtischen Mitarbeiter verbunden sei.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß die Fluglärmkommission als eine Kommission des Landes keinerlei Mittel aus Düsseldorf erhalte. Lediglich der Schriftführer werde gestellt. Die beiden Mitarbeiter erledigten die Zuarbeit neben ihren anderen dienstlichen Aufgaben. Es müsse eine Stelle im Hause geben, die die zahlreichen Zuschriften der Bürger beantworte. Die Fluglärmbelastung des südlichen Stadtgebietes sei so groß, daß sie sich zur Übernahme des Vorsitzes in der Fluglärmkommission verpflichtet gefühlt habe. Insoweit sei es nur recht und billig, sich der Zuarbeit der Verwaltung zu bedienen.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Der Fachbereichsleiter 7 – Umwelt und Technik – wird als stellvertretendes Mitglied in die Fluglärmkommission für den Verkehrsflughafen Köln/Bonn entsandt.

8 Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach I (Alt-Gladbach)

Frau Wöber-Servaes begibt sich in den Zuschauerraum, da sie befangen ist.

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Herr Karl Wöber wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Bezirk Bergisch Gladbach I (Alt-Gladbach) gewählt.

Frau Wöber-Servaes kehrt an ihren Platz zurück.

9 Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für den

Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach II **(Bensberg)**

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Frau Ruth Niesert wird zur Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach II gewählt.

Herr Karl-Walter Faßbender wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach II gewählt.

10 Benennung der vier neuen Erschließungsstraßen im Bereich des ehemaligen Kasernengeländes an der Hermann-Löns-Straße in Bergisch Gladbach

Herr Buchholz beantragt, die Straßen nach den vier Nobelpreisträgern Gustav Stresemann, Ludwig Quidde, Carl von Ossietzky und Willy Brandt zu benennen.

Herr Ziffus und Herr Freese schließen sich diesem Antrag an.

Unter Bezugnahme auf die zeichnerische Darstellung der künftigen Straßen bittet Herr Freese darum, die Gustav-Stresemann-Straße und die Willy-Brandt-Straße zu vertauschen.

Herr Hagen hätte gerne eine Straßenbenennung nach den Flurbezeichnungen gesehen. Er schlägt vor, die Straße im künftigen Gewerbebereich Bataillonsstraße zu nennen. Die übrigen drei könnten nach Friedensnobelpreisträgern benannt werden.

Auch Frau Schmidt-Bolzmänn ist mit dem Antrag von Herrn Buchholz einverstanden.

Herr Freese hält es für denkbar, auf eine Benennung im Sinne von Herrn Hagen zurückzukommen, wenn alle Wege und Plätze auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne angelegt wurden.

Herr Dehler möchte die Erinnerung an den ehemaligen Bataillonsstandort Bergisch Gladbach nicht ganz untergehen lassen. Er schließt sich dem Vorschlag von Herrn Freese an.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen folgenden

Beschluß:

- 1. Die von der Handstraße aus abzweigende Erschließungsstraße in nordöstlicher Richtung soll die Bezeichnung „Carl-von-Ossietzky-Straße“ erhalten.**
- 2. Die von der Handstraße aus abzweigende Erschließungsstraße in westlicher Richtung soll die Bezeichnung „Ludwig-Quidde-Straße“ erhalten.**
- 3. Die von der Hermann-Löns-Straße aus abzweigende Erschließungsstraße in nordöstlicher Richtung soll die Bezeichnung „Gustav-Stresemann-Straße“**

erhalten.

4. Die von der Hermann-Löns-Straße aus abzweigende Erschließungsstraße in westlicher Richtung soll die Bezeichnung „Willy-Brandt-Straße“ erhalten.

11 **Wirtschaftsförderung in Bergisch Gladbach;**
hier: Umbenennung des Gewerbegebietes "Lochermühle" in "Strundepark"

Bürgermeisterin Opladen bekräftigt ihre Auffassung, daß das Gewerbegebiet weiterhin nach der Lochermühle benannt bleiben sollte, da dies ein historisch wertvoller Hinweis auf die Mühlentradition von Bergisch Gladbach sei.

Herr Freese schließt sich dieser Auffassung an. Schon der Standort des Papiermuseums im Bereich der Lochermühle rechtfertige dies. Die SPD-Fraktion sei von zahlreichen Bürgern mit der Bitte angesprochen worden, es bei der bisherigen Bezeichnung zu belassen. Zudem habe der beantragende Investor in diesem Bereich eine zentrenschädliche Geschäftsbebauung errichtet, die in erheblicher Weise Kaufkraft aus dem Fußgängerbereich Stadtmitte abziehe.

Bürgermeisterin Opladen übergibt den Vorsitz des Ausschusses an Herrn Müller.

Auch Frau Schmidt-Bolzmann wünscht eine Beibehaltung des bisherigen Namens.

Herr Ziffus ist schon alleine deswegen gegen eine Umbenennung, weil der Investor keinerlei Bezug zur Strunde habe. Zudem hätten seine Baumaßnahmen zu einem besonders häßlichen Entree zur Stadtmitte geführt. Es sei notwendig, daß der Investor zumindest zur Kürtener Straße hin eine Abschirmungsmaßnahme durchführe.

Auch Herr Buchholz wünscht die Beibehaltung des bisherigen Namens. Er geht davon aus, daß der Bereich in gestalterischer Hinsicht gewinnt, wenn eine Bepflanzung an den vorgesehenen Stellen erfolgt ist. Er bewertet die baulichen Maßnahmen in diesem Bereich als insgesamt positiv. Über die Zentrenschädlichkeit der angebotenen Sortimente müsse allerdings im Fachausschuß gesprochen werden.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Eine Umbenennung des Gewerbegebietes Lochermühle in Gewerbegebiet Strundepark wird abgelehnt.

12 **Verwendung der Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 2 Nr. 4 GFG 2001**

Frau Ryborsch regt an, künftig einen Repräsentanten des Stadtverbandes um Bericht zu bitten.

Bürgermeisterin Opladen übernimmt wieder den Vorsitz.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

1.

Der Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit erhält zur Förderung von eigenen Maßnahmen und Maßnahmen seiner Mitglieder einen Zuschuss von 38.000,-- DM aus Mitteln der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 2 Nr. 4 GFG 2001.

2.

Der Betrag der Landeszuweisung in Höhe von 15.075,00 DM ist unter Hinweis auf den Ratsbeschluß vom 23.06.1998 für Veranstaltungen und Sachmittel zur Durchführung des Agenda-Prozesses entsprechend den Förderungsrichtlinien des Landes NW einzusetzen.

13 Feststellung des Jahresabschlusses 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Feuerwehr Bergisch Gladbach

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gem. § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.1999 in Aktiva und Passiva mit 12.573.601,84 DM und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust in Höhe von 6.374.146,89 DM fest, der Betriebskostenzuschuß 1999 aus allgemeinen Haushaltsmitteln in Höhe von 5.990.000,00 DM ist dabei nicht berücksichtigt.
2. Der Lagebericht 1999 wird gem. § 26 Abs. 2 EigVO festgestellt.
3. Der aus der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Betriebskostenzuschuß resultierende Jahresverlust 1999 in Höhe von 384.146,89 DM wird gem. § 10 Abs. 6 EigVO auf die neue Jahresrechnung 2000 vorgetragen. Der Verlustvortrag beträgt damit einschließlich des Verlustes 1998 in Höhe von 1.956.834,59 DM insgesamt 2.340.981,48 DM.

14 Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß mit der Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung lediglich die Umstellung auf den Euro vollzogen werde. Es gebe keine inhaltlichen Änderungen.

Frau Ryborsch bemerkt, die neuen Gebühren seien in sehr bürgerfreundlicher Weise nach unten abgerundet worden. Sie möchte wissen, ob die Umrechnung nicht so er-

folgen könne, daß dem städtischen Haushalt kein Verlust entstehe.

Stadtkämmerer Kotulla entgegnet, daß es im Rahmen der Euro-Einführung allgemeiner Konsens sei, diese nicht für verdeckte Gebührenerhöhungen auszunutzen. Zudem seien Gebühren mit fünf Stellen hinter dem Komma nicht sinnvoll zu handhaben.

Auch Herr Freese rät davon ab, die DM-Beträge exakt auf fünf Stellen hinter dem Komma auszuweisen.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Die Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

15 Anpassung ortsrechtlicher Vorschriften an den Euro für den Fachbereich 3

Bürgermeisterin Opladen erläutert, daß auch hier die Umstellung auf den Euro der Anlaß für die Anpassung sei.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Die im Verantwortungsbereich des Fachausschusses für den Fachbereich 3 liegende Artikelsatzung wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

16 Änderung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach für Altersehrungen und Ehejubiläen

Frau Schmidt-Bolzmann hat Bedenken, daß im Vertretungsfall als „zuständige Ratsmitglieder“ lediglich Mitglieder der CDU-Fraktion zum Zuge kommen, da in dieser Ratsperiode nur solche direkt gewählt wurden. Sie beantragt eine Beteiligung aller Ratsmitglieder entsprechend dem Wahlergebnis.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß hierzu vom Rat generelle Änderungen zu beschließen seien. Sie stellt der FDP-Fraktion anheim, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Sodann lehnt der Hauptausschuß den Antrag von Frau Schmidt-Bolzmann mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion ab.

Danach faßt der Hauptausschuß einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP folgenden

Beschluß:

Die geänderten Richtlinien für Alters- und Ehejubiläen werden in der beiliegenden Fassung beschlossen.

17 Bericht aus der Sitzung des Ausländerbeirates

Frau Wöber-Servaes gibt bekannt, daß der Ausländerbeirat die neue Geschäftsordnung in seiner Sitzung am 28.08.2001 akzeptiert habe.

Frau Ryborsch möchte wissen, weshalb der Handlungsrahmen für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates heute nicht Gegenstand der Sitzung sei.

Stadtkämmerer Kotulla stellt klar, daß dieser Handlungsrahmen im Ausländerbeirat nicht abschließend diskutiert wurde. Es habe Änderungsvorschläge gegeben, deren Umsetzbarkeit z.Z. überprüft würden. Hauptausschuß und Rat würden in jedem Falle in die Entscheidung eingebunden.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß § 13 der neuen Geschäftsordnung des Ausländerbeirates in Abs. 2 das Rederecht zu Geschäftsordnungsanträgen im Vergleich zur Geschäftsordnung des Rates und dessen Ausschüsse erheblich einschränke. Er möchte wissen, ob dies Absicht sei oder worauf dies beruhe.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß es im Ausländerbeirat keine Fraktionen gebe. Hierin begründe sich diese Regelung. Ansonsten wäre es möglich, daß zu einem Geschäftsordnungsantrag jedes Mitglied des Ausländerbeirates das Wort ergreife.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

18 Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfrage zum Stand von Verkehrsgutachten, zu den Kosten des Hotelgutachtens sowie zur Urwahl des Seniorenbeirates

-

Frau Ryborsch stellt folgende Fragen:

1. Wie ist der Stand des Verkehrsgutachtens Herkenrath/Spitze?
2. Wie ist der Stand des durch den Investor Hahn in Auftrag gegebenen Standortgutachtens?
3. Wie hoch sind die Kosten des in dieser Sitzung besprochenen Hotelgutachtens?
4. Wie weit sind die Vorberatungen zur Urwahl des Seniorenbeirates gediehen?

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.

|